

Die Strafanträge im Ohlauer Prozeß

Wien, 20. August. (Eig. Drahtber.)

Im Ohlauer Aufrührprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Gewerkschaftsführer und Kreisleiter des Reichsbanners Durich wegen Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauches und schweren Aufruhres 4 Jahre Zuchthaus, gegen den Ortsgruppenleiter der SPÖ, Blech wegen derselben Straftaten 6 Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Vanin (Water) wegen derselben Straftaten 4 Jahre Zuchthaus, gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Manke wegen schweren Landfriedensbruchs und Kaufhandels 4 Jahre Zuchthaus, gegen Gewerkschaftsführer Strulik wegen einfachen Landfriedensbruchs und Aufruhres 2 Jahre Zuchthaus. Die übrigen beantragten Strafen wegen Landfriedensbruchs bewegen sich zwischen 4 Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis, in 6 Fällen wurde Freispruch beantragt.

Führt sogar ein Joseph Goebbels das alte demokratische Argument ins Feld, daß man „auf die Dauer nicht auf Bajonetten sitzen“ könne. Gewiß sind die Nationalsozialisten für die Diktatur, aber nur für die Diktatur Hitlers. Jede andere Diktatur würde ja die NSDAP, jeder Möglichkeit, auf die Staatsleitung Einfluß zu nehmen, berauben.

Dennoch der Aufstieg der NSDAP ist nur in der Demokratie möglich gewesen. Hätten die Regierungen der letzten Jahre nicht in so lokaler Weise den Gegnern der Demokratie den vollen Genuß der demokratischen Freiheit gewährt — niemals wäre Hitler Kandidat für das Kanzleramt geworden. Eine Diktatur Schleichers-Papen würde nie die gewaltsame Aufspaltung der Massen dulden, wie sie die NSDAP seit 1920 getrieben hat. Es bliebe dann wieder nur der „Marsch auf Berlin“ — den Hitler nie wagen wird.

Der wichtigste politische Faktor.

Nicht nur, weil es ein Verbrechen wäre, die SA in die Reichswehr einzuführen, sondern weil sie die Möglichkeit hat, die 14 Millionen ihrer Wähler zu mobilisieren. Hinter dieser Mammutzahl steht kaum 1 Million Mitglieder der NSDAP. Die Mehrzahl der Hitlerwähler sind Menschen, die endlich den „harten Mann“ am Ruder des Reiches sehen wollen, und sie werden diesem starken Manne auch dann zujubeln, wenn er nicht Adolf Hitler heißt.

Die politische Betriebsamkeit der letzten Tage darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Massen des Volkes ohne Unterschied der Partei eine große politische Müdigkeit herrscht, die aus einem Ueberdruß an der Wirren der innerpolitischen Kämpfe erwächst. Schon die Kinder auf der Straße sagen einen Abzählvers her:

„Schleicher macht es mit den Waffen,
Brünning hält es mit den Waffen,
Hitler wird es auch nicht schaffen —
aber wir, wir sind die Affen.“

Diese Verse sind weder schön noch treffend, aber sie geben die Stimmung richtig wieder, die heute in weiten Kreisen des Volkes herrscht. Diese Müdigkeit der Massen ist heute vielleicht der wichtigste politische Faktor, entscheidender als die 14 Millionen Wählerstimmen der NSDAP. Die Mehrheit des Volkes würde die Errichtung einer maßvollen Militärdiktatur, die ja bei sehr weitherziger Auslegung der Verfassung sogar den Schein der Legalität erhalten könnte, genau so ruhig aufnehmen wie sie den Gewaltstreik gegen die Regierung Braun-Evering aufgenommen hat. Die Rolle der NSDAP wäre dann auf absehbare Zeit ausgespielt.

Hitler ist durch die Demokratie groß geworden. Aber er hat mit dieser Demokratie bisher ein unehrliches Spiel getrieben. Er hat „legal“ in den Besitz der Macht kommen wollen, um diese Macht dann ohne Rücksicht auf die Schranken der Legalität gebrauchen zu können. Heute sieht er die Möglichkeit vor sich, daß andere sein Rezept gegen ihn selbst anwenden. Er wird sich entscheiden müssen, sich ehrlich in das Kräftefeld der Demokratie einzufügen und nicht die „ganze Macht“ zu erhalten, wohl aber einen Anteil an der Macht, der ihr ihrer Stärke nach gebührt. Das Zentrum verdient Dank, daß es im Reiche und in Preußen den Mut gehabt hat, die grundsätzliche Klärung dieser Frage in Angriff zu nehmen. Von der Stellungnahme der NSDAP zu der Aktion des Zentrums wird die weitere Entwicklung abhängen. Dyl.

Ein Toter der „Niobe“ geborgen

Wth. Kiel, 20. August. (Eig. Drahtber.)

Die Bergung der Niobe hat erhebliche Fortschritte gemacht. Nachdem gestern abend von 22 Uhr an eine Ruhepause für die Bergungsmannschaften eingelegt werden mußte, wurde heute Morgen bei Tagesanbruch die Arbeiten wieder aufgenommen. Man begann mit dem Verpumpen des Raumes unter der Wad. Dann wurden zwei weitere Schächte in den Wohntaum der Stammbefahrung hineingeführt. Durch das Verpumpen dieser Räume ist das Schiffes Bug jetzt etwa 1 1/2 Meter weiter aufgerichtet. Bei Durchsicherung der bisher zugänglichen Räume wurde als erster Toter aus dem Achterschiffraum durch ein Oberlicht der Spezialkammerwärter Werner Gruner aus Ottomans in Thüringen geborgen.

Gestern abend sind die Sebeleichter „Kraft“ und „Wille“ noch einmal geleuchtet und ausgepumpt worden, wodurch es gelang, das Wad der Niobe weitere 30 Meter an den Strand der Seehendörfer Bucht heranzubringen. Man ist zu der Ansicht gekommen, daß der Strand vor der Seehendörfer Bucht am besten geeignet sein dürfte, das Wad aufzunehmen, da dort im Gegensatz zu den tieferen Lagen der Bucht der Boden schon schluffig ist. Das Wad des Wadts ist um einige weitere Meter aus dem Wasser herausgehoben, so daß man jetzt das ganze Vordeck übersehen kann, jedoch sind die Decksflächen und die Niedergänge zu den Lagen noch immer nicht frei. Man konnte daher im Laufe der Nacht noch nicht an die Leichen gelangen. Weiterens will man auch, solange sich das Schiff noch in diesem Wasser befindet, davon Abstand nehmen, es leer zu pumpen, da man befürchtet, die Leichen durch den starken Sog zu zerbrechen. Gegen 22 Uhr wurden die Arbeiten für die Nacht eingestellt.

Gestern abend fand in einer hiesigen Oberrealschule eine würdige Totenfeier für die Geliebten der Niobe statt, die insbesondere dem ehemaligen Schüler Helmuth Pfeiffer galt, der bei dem Untergang der Niobe sein junges Leben lassen mußte.

Kampf um eine Stimme

Nachspiel zur Lausanne-Abstimmung im Nationalrat

Wien, 20. August.

Die Angelegenheit des Mandatsverzichtes des Abgeordneten Binzl und dessen telegraphischer Widerruf führte im Bundesrat zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Großdeutschen und Bundesanzler Dr. Dollfuß.

Die Annahme des Lausanner Protokolls, durch das Österreich u. a. auch auf den Anschluß an Deutschland verzichten muß, kam mit nur einer Stimme Mehrheit zustande.

Der großdeutsche Bundesrat Altmann erhob den Vorwurf, daß fonderbare Methoden angewendet würden, um durch beschleunigte Verzögerung der Behandlung des Mandatsverzichtes Binzls eine Stimme für den Lausanner Vertrag zu erhalten. Die Hauptwahlbehörde habe den Wahlschein für den Nachfolger Binzls nach Einschreiten der großdeutschen Vertreter schließlich ausgestellt, doch sei die Zustimmung des zuständigen Innenministers nicht zu erlangen gewesen, da dieser unauffindbar war. Inzwischen hätten aber Bemühungen eingeleitet, Binzl zur telegraphischen Zurückziehung des Mandatsverzichtes zu veranlassen, und auf dieses Telegramm habe man regierungsgewaltig gewartet.

Bundeskanzler Dollfuß stellte demgegenüber fest, daß er erst um 11 Uhr vormittags vom Mandatsverzicht Binzls Kenntnis erhalten habe, ihm aber schon ohne sein Zutun gegen 2 Uhr mitgeteilt wurde, daß ein Telegramm Binzls mit der Zurückziehung dieses Mandatsverzichtes einlaufen werde. Während der Sitzung habe ihn dann der Direktor des Nationalrats hinausgerufen lassen, und ihm das Telegramm gezeigt. Der hinzutretende großdeutsche Abgeordnete Proßinger habe dem Parlamentsdirektor das Telegramm aus der Hand genommen, es in die Tasche gesteckt und sei damit weggegangen. Der Bundeskanzler habe, als Proßinger das Telegramm trotz Aufforderung nicht zurückgab, sofort festgestellt, daß dies die Entwertung eines Dokuments bedeute. Dies sei der Tatbestand, schloß Dollfuß, und er verwahre sich dagegen, daß er in irgendeiner Form auf Nationalrat Binzls Einfluß anerkenne.

Die Abkürze am Reichsetat

Berlin, 20. August.

In der Freitagssitzung des Reichskabinetts handelte es sich darum, die Frage der vom Kabinett seit längerer Zeit beabsichtigten Gesamtabkürze am Etat zu erledigen, und zwar sollen diese Kürzungen 110 Millionen RM betragen. Ueber 75 Millionen davon war schon früher eine Verständigung erzielt worden. Ueber die Frage, wie die Kürzung der restlichen 35 Millionen auf die einzelnen Ressorts zu verteilen ist, sind gestern die Beschlüsse gefaßt worden.

Außerdem hat das Kabinett eine Reihe wirtschaftlicher Einzelmaßnahmen beraten und sich schließlich auch mit der Arbeitsbeschaffung befaßt.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung begannen die Besprechungen des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Reichsbankpräsidenten. Hierbei dreht es sich hauptsächlich um die Fragen der technischen Durchführung der Finanzierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Die kommenden Rundfunkkommissare in Preußen

emb. Berlin, 20. August. (Eig. Drahtber.)

Wie wir erfahren, sollen in diesen Tagen die politischen Rundfunkkommissare für die einzelnen Sender durch die Landesregierungen ernannt werden. Für die preussischen Sender wird in politischen Kreisen als Kommissar der Ministerialrat Strunden aus dem preussischen Staatsministerium genannt, während für Berlin Oberregierungsrat von Blum in Aussicht genommen ist. Für den Südwestdeutschen Rundfunk in Frankfurt am Main wird Oberregierungsrat Dr. Hamacher Regierungspräsident in Wiesbaden als preussischer Kommissar genannt. Für den preussischen Sender in Köln ist Regierungsrat Thebesius und für den Sender Königsberg Oberregierungsrat Dunkelbeck von dem dortigen Regierungspräsidenten in Aussicht genommen.

Ein Kommissar für Arbeitsbeschaffung?

Berlin, 20. August.

Wie die „Tägliche Rundschau“ wissen will, beabsichtigt die Reichsregierung, einen besonderen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Der Präsident des Landtags, Dr. Berek, soll die meisten Ausschichten haben.

Verwarnung des Vorwärts

emb. Berlin, 20. August. (E. M.)

Durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten wird der Vorwärts wegen eines am 14. 8. veröffentlichten Artikels „Zurück zum Recht“ verwarnt. Bei einem weiteren Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften wird dem Blatt ein längeres Verbot angedroht.

Unterzeichnung von Abkommen in Ottawa

Ottawa, 20. August.

Die englische Delegation hat am Freitag bereits Abkommen mit Indien, Südafrika und Newfoundland unterzeichnet. Die Unterzeichnung von Abkommen mit Südrhosien, Australien und Neuseeland steht bevor. — Wie verlautet, beziehen sich die hauptsächlichsten Vereinbarungen für Kanada aus dem bevorstehenden Abkommen mit England auf Wepfel, Milchzuckererzeugnisse, Speck, Vieh, Kartoffeln und Getreide.

Frankreichs „Sicherheitsbedürfnis“ im Kanal

London, 19. August.

„Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Artikel aus der Feder seines Flottenkorrespondenten über eine Verlegung französischer Flotteneinheiten nach dem Kanal, in dem es heißt: Frankreich, das bisher seine Flotte im Mittelmeer konzentrierte, ist der Ansicht, daß seine Sicherheit die Schaffung eines starken Geschwaders im Kanal erfordert, und hat daher beschlossen, die beiden Kreuzer „Dugelay-Trouin“ und „Ramatou-Blequet“ unter Admiral Doujon nach Brest zu verlegen. Ferner werden auch fünf Flottillenführerschiffe, sieben Zerstörer und sieben Unterseeboote seinem Kommando unterstellt. Diese Einheiten werden ein leichtes Geschwader von besonderer Bewegungsfähigkeit bilden, da sie etwa 33 Knoten zu laufen imstande sind. Im Ernstfall würde eine Verstärkung dieses Geschwaders durch die zahlreichen Unterseeboote, die ihre Basen in Cherbourg haben,

men habe, um ihn zur Zurückziehung seines Mandatsverzichtes zu veranlassen.

Der Nationalrat dürfte heute über die durch den Einspruch erforderlich gewordenen Beharrungsbeschlüsse die Entscheidung treffen.

Zum Tode Schobers

Schober wurde 1874 in Perg geboren. Im Juni 1918 wurde er Vizepräsident von Wien und reorganisierte die Wiener Polizei in der Nachkriegszeit vollkommen. Die erste Konzilregierung dauerte von Juni 1921 bis Mai 1922, die zweite von September 1929 bis September 1930. Unter der Kanzlerschaft Schobers wurde die Verfassungsreform und das Haager Abkommen durchgebracht. Unter seiner Kanzlerschaft wurde Österreich von den Reparationen befreit und die Aufhebung der internationalen Bundesanleihe 1930 durchgeführt. Von Dezember 1930 bis Januar 1932 war Schober österreichischer Außenminister. Dr. Schober galt als erste Autorität auf dem Gebiet des Polizeiwesens. Er trat 1913 als Mitglied der Großdeutschen Partei und Abgeordneter des Nationalrats ins politische Leben ein.

Ueber den plötzlichen Tod des früheren Bundeskanzlers Dr. Schober wird aus dem Sanatorium Guttenbrunn berichtet: Dr. Schober lebte in der letzten Zeit moher. Zeitweise war sein Zustand so gut, daß ihm die Kräfte gestatten konnten, in den Garten zu gehen. Auch am Freitag war sein Befinden den Verhältnissen entsprechend günstig. Das Ende kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Dr. Schober lag zwar im Bett, fühlte sich im allgemeinen aber wohl und unterhielt sich mit seiner Frau. Nach 8.30 Uhr besuchte ihn der Chefarzt des Sanatoriums, und Dr. Schober plauderte auch mit ihm. Er klagte nur über Magenbeschwerden. Plötzlich bekam er einen Brechreiz. Der Arzt hielt ihm den Kopf; doch sank Schober zusammen und verschied fast im selben Augenblick. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Krankheit Schobers bestand in einer chronischen Herzmuskelentartung.

Flugzeugabsturz in Leipzig

wol. Leipzig, 20. August. (Eig. Drahtber.)

Das Flugzeug G 1944 ist bei der Abfahrt nach Zwickau um 12 Uhr abgestürzt. Führer und Wortomment sind verbrannt. Das Flugzeug ist völlig zertrümmert.

möglich sein. Mit der Vollenbung weiterer Kreuzer soll das französische Nordgeschwader noch verstärkt werden, so daß dieses die mächtigste Streikflotte werden wird.

Diese französische Flottenpolitik sei — so behauptet das Blatt — zurückzuführen auf die wachsende Stärke der deutschen Flotte, wie sie durch die bevorstehende Vollenbung des ersten „Wentonschen-Schlachtschiffes“ zum Ausdruck komme.

Neues französisch-amerikanisches Handelsabkommen

Paris, 20. August. Wie Hasas ankündigt werden die französisch-amerikanischen Sachverständigen zu Beginn kommender Woche im französischen Handelsministerium zwecks Vorbereitung eines neuen französisch-amerikanischen Handelsabkommens zusammentreten.

Ramont Präsident des Iron and Steel Institute

Newport, 20. August. Das Vorstandsmitglied des Bankhauses Morgan Ramont, der kürzlich von seinem Amt als Handelsminister zurückgetreten ist, ist zum Präsidenten des American Iron and Steel Institute gewählt worden an Stelle von Charles Schwab, der geschäftsjährlicher Vorsitzender dieses Institutes wird.

Blitz schlägt in eine Moschee

Belgrad, 20. August. Ein heftiges Gewitter, das sich über Belg, einer in der Nähe der albanischen Grenze gelegenen Stadt, entlud, richtete heftige Zerstörungen an. Ein Blitz schlug in das Minarett gerade in dem Augenblick, als der Wuezzim die Gläubigen zum Gebete rief. Der Wuezzim war auf der Stelle tot, ein zweiter Blitz, der dem ersten unmittelbar folgte, schlug in das Dach der daneben liegenden Moschee und schmolz die Metallausgehungen der Dachziegel. Die Folge davon war, daß die Moscheetulle einstürzte und zahlreiche Gläubige unter sich begrub. Drei Tote und viele Schwerverwundete wurden aus den Trümmern herausgeholt.

Epileptiker als Knabenmörder

Wth. Karlsruhe, 20. August. Ein Epileptiker fiel in Ettingen nach einem Anfall zwei Knaben auf der Straße an. Er schlug derartig heftig mit einem Knüttel auf einen jährigen Knaben ein, daß der Junge tot liegen blieb. Kurze Zeit darauf fiel der Wahnsinnige einen dritten Knaben an. Passanten gelang es, den Geistesgekränkten zu fesseln.

Ein Schmuggler erschossen

Hofenberg (Oberfranken), 20. August. Beim Schmuggeln von mehreren Wagen Getreide aus Polen nach Deutschland wurde der polnische Schmuggler Rogusz und ein Helfer bei Jagrzgowitz von Zollbeamten überfallen. Da die Schmuggler auf Anruf nicht stehen blieben, gab der Zollbeamte Thoma ein Schuß auf Rogusz ab, durch den dieser getötet wurde.

Motorradfahrer fährt in eine Gruppe Bergarbeiter

Wth. Hamm, 20. August. Auf der Straße Seeren-Hamm fuhr in der vergangenen Nacht ein Motorradfahrer in eine Gruppe Bergarbeiter, die sich auf dem Wege von der Arbeit nach Hause befand. Ein Bergmann war auf der Stelle tot, zwei andere erlitten Arm- und Beinbrüche. Der Motorradfahrer wurde schwer im Gesicht verletzt.

* Bei einer Explosion im Pulverlager von Petreuilles in Chile kamen fünf Personen ums Leben.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Wetterungsnachrichten: Zeitweise aufstrichende Winde aus West bis Südwest. Bewölkung im Durchschnitt langsam zunehmend. Etwas Temperaturabnahme. Gewitterneigung.

Der der 85 Proz.

Nach hat sich umfang 2 733 400 3 räder ent Stock Anfang 1 einen led Don groß eingetret Die u La c Großbrita und dam Stück. I mit 85 5 Schweiz 33 wakt 39 33 500, 8

Gesun Finan

Aus nische A v e s t m e Stammbschäftsbr der borel daß sich gekaufter zahlungs einem U des Vorj 1930 und der allp Amerika nehmens über den Rekordin der Vioß übrigena graphisch gattung der in o tretendos besond

Dre

Anleihen Aktienk Deuts

6 D. W. A. 7 D. Reich 8 S. Staats 9 Landesk Anl.-Schuld 10, ohne An 11 D. Schulz

Schul

5 A. D. G. 6 G. P. 7 G. P. 8 G. P. 9 G. P. 10 G. P. 11 G. P. 12 G. P. 13 G. P. 14 G. P. 15 G. P. 16 G. P. 17 G. P. 18 G. P. 19 G. P. 20 G. P.

Kathol

24 3 Jun einel H od. Bille kennt. hand. 2 Fremdb G. Hall Vollerli

Gebilde 18 Jähr.

sucht Er über 1. schäftsh schritten an die Wlatte

18 Jährig

Heilig r Strümm ob. Spite sind zu Lippit Willenit

Si

ind hoch vollste

N